CDU will Freibad Jever für nur 1 Euro verkaufen - Bürger in Sorge!

CDU beantragt Verkauf des Freibads Jever zur finanziellen Entlastung der Stadt. Diskussion im Ausschuss beginnt am 3. Februar.

Jever, Deutschland -

In Jever plant die CDU-Fraktion die Veräußerung des Johann-Rasenack-Freibads an einen privaten Investor. Dieser Antrag wird am Montag, den 3. Februar, im Finanzausschuss der Stadt Jever diskutiert. Die Sitzung beginnt um 16 Uhr im Rathaus. Der Vorschlag sieht vor, das Freibad für einen symbolischen Preis von einem Euro zu verkaufen oder zu verpachten. Mit diesem Schritt soll der städtische Haushalt entlastet werden, indem die Betriebskosten des Freibads wegfallen.

Die CDU hat in den letzten zwei Wochen bereits intensiv über

diesen Antrag diskutiert. Die Fraktion betont die steigenden Kosten in mehreren Bereichen, wie beispielsweise für Kitas, geflüchtete Personen, Bürgergeld sowie die EU-Vorgaben. Außerdem wird die geplante Erhöhung der Kreisumlage um 600.000 Euro für Jever kritisiert. Die steigenden Personalkosten und die teuren Prestigeprojekte der Stadt werden ebenfalls angesprochen. Die freiwilligen Leistungen, zu denen Theater, Bücherei, Schlossmuseum und Freibad gehören, summieren sich auf 2,93 Millionen Euro, was über den Vorgaben für defizitäre Haushalte in Niedersachsen liegt.

Details zum Verkauf und Auswirkungen

Nach Schätzungen benötigt das Freibad derzeit etwa 2,6 Millionen Euro für notwendige Sanierungen. Die CDU geht davon aus, dass ein privater Betreiber das Freibad wirtschaftlicher führen kann als die Stadt selbst. Sollte die Stadt das Freibad behalten, könnte der Zuschussbedarf von bislang 220.000 Euro auf bis zu 350.000 Euro ansteigen. Der Antrag fordert außerdem eine Prüfung der konkreten Pläne des potenziellen Investors und deren Auswirkungen auf die Bürger sowie die Kassenlage der Stadt.

Zusätzlich zu den Plänen für das Freibad wird vorgeschlagen, benachbarte Flächen für einen neuen Wohnmobilstellplatz bereitzustellen, um den Zugang zum Freibadgelände zu erleichtern. Langfristig soll durch diese Maßnahmen eine finanzielle Entlastung erreicht und der Tourismus gefördert werden, während der Förderverein weiterhin soziale Angebote unterstützen könnte. Die Klärung der konkreten Pläne des Investors und deren Auswirkungen auf die Bürger der Stadt Jever steht jedoch noch aus.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Jever, Deutschland
Quellen	• www.nwzonline.de • www.radio-jade.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de